BKB BAYERN
AUSGABE 03
2023

Mehr Wissen.
Mehr Können.
Mehr Zukunft.

Der FREIE WÄHLER

Postvertriebsstück Nr.: 08837

„Rote Karte“ für die Erbschaftssteuer

Die Freien Wähler im Landtag wollen der Erbschaftssteuer die „Rote Karte“ zeigen. Bei zwei gut besuchten Infoabenden in Ismaning und in Höhenkirchen-Siegertsbrunn untermauerte Nikolaus Kraus, der Betreuungsabgeordnete für den Landkreis München die Forderung nach einer kompletten Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Als Referent ging der Fachanwalt für Erbschaftsrecht, Markus Rainer aus Olching, auf die Ungereimtheiten der bestehenden Rechtslage ein.

„Diese Steuer ist unsozial und unrecht“, stellte Kraus fest. Durch Änderungen bei der Bewertung sei der steuerliche Wert von Immobilien gerade in Ballungsräumen mit hohen Bodenrichtwerten stark angestiegen. Das führe dazu, dass viele Erben gezwungen seien, zu verkaufen. Er berichtete von einem Fall, bei dem sich der steuerliche Wert eines Mietshauses in München seit 2010 von 2,5 auf über zwölf Millionen Euro erhöht hatte. Bei Verkäufen gingen die Zuschläge oft an große Wohnungsgesellschaften. „Dann kommt die Spirale von Sanierung und Mieterhöhung in Gang und bestehende Mieter werden verdrängt“, erklärte Kraus.

Rechtsanwalt Rainer demonstrierte anhand von fiktiven Fallbeispielen, dass die Bewertung durch die Finanzämter durchweg sehr hoch angesetzt ist. Sein Tipp: „Steuerbescheide nie ohne Überprüfung akzeptieren, sondern mit eigenen Gutachten dagegen halten.“ Der Gang zu einem zertifizierten Gutachter könne mehrere Zehntausend Euro sparen.

Nikolaus Kraus

Grundsätzlich rät Rainer dazu, durch vorausschauende Schenkungen die Steuerfreibeträge auszunutzen und dabei Nießbrauch oder Wohnungsrecht verankern zu lassen. Das machte er auch bei den Antworten auf zahlreiche Fragen aus dem Publikum deutlich.

Der Landtagsabgeordnete Nikolaus Kraus wies in seinem Schlusswort darauf hin, dass eine Erhöhung der Freibeträge, wie sie derzeit im Bund diskutiert werde, das Problem nicht lösen würde: „Deshalb wollen wir zumindest eine Länderöffnungsklausel“, sagte er. „Jedes Bundesland soll entscheiden können, ob es Erbschafts- und Schenkungssteuer erhebt.“

Nikolaus Kraus, MdL

INHALT

Seite 1
„Rote Karte“ Erbschaftssteuer

Seite 1
Ehrenamtskarte digital

Seite 2
Bürgernähe und Öffentlichkeitsarbeit

Seite 3
Grußwort Hubert Aiwanger

Seite 4
Seminarkalender 2. Halbjahr

Seite 5
75jähriges Bestehen

Seite 6
Gleichberechtigung und Frauenpolitik

Ehrenamtskarte jetzt auch digital

Mit der **App „Ehrenamtskarte Bayern“** kann die **Bayerische Ehrenamtskarte** seit **1. Juli 2023** nun auch digital beantragt werden. So hat man sie auf dem Handy stets griffbereit dabei und kann sich zudem in der App alle Akzeptanzstellen anzeigen lassen, die am jeweiligen Aufenthaltsort Vergünstigungen anbieten.

Die **App „Ehrenamtskarte Bayern“** steht im Google Play Store oder im App Store zum Herunterladen bereit. Die digitale Ehrenamtskarte ist ein Angebot des Freistaats Bayern an die Landkreise und kreisfreien Städte.

Quelle & Fotos: Landratsamt Kulmbach

Bürgernähe und Öffentlichkeitsarbeit

Eine Betrachtung mit versöhnlichem Humor

Der Tyrann Dionysius von Syrakus hat vor über 2000 Jahres die Gesetze so hoch hängen lassen, dass sie niemand lesen konnte. Oft kann man sie heute, vom Inhalt wie vom Amtsdeutsch her, ebenso wenig begreifen als „Stammesdialekt der Eingeborenen im Paragrafendschungel". Untersuchungen diverser Institute offenbarten, dass der Bürger die Sprache der Verwaltung nicht mehr versteht. Das Stichwort „Bürgernähe" beherrscht seither die Diskussion, wobei besonders die Amtsträger „vor Ort", die Kommunalpolitiker gefordert sind.

Warum haben wir ein Defizit an Bürgernähe?

- Die Bundesrepublik Deutschland hat die größte Regelungsdichte an Vorschriften weltweit.
- Das Verwaltungshandeln steht unter dem Schwert richterlicher Aufhebung: dies hemmt die Entscheidungsfreude und nährt die Furcht des Mitarbeiters vor dem „Rechtsmittelstaat".
- Die Tendenz der Gerichte, Ansprüche des Bürgers immer großzügiger zu gewichten, führt zu einer Flut von mehr Klagen und Bürokratie.
- Die Bürger unterschätzen oft die Rechtsbindung einer Verwaltung als Preis des Sozial- und Rechtsstaates und viel zu vieler Gesetze. Was hemmt noch die Bürgernähe?
- Bürger kritisieren die schlechte räumliche Ausstattung von Amtsräumen, weil sie sie mit dem eigenen Wohlstand vergleichen.
- Die mangelnde „Wärme" des Arbeitsplatzes demotiviert die Mitarbeiter (Mitarbeiterführung).
- Das Unterlegenheitsgefühl mancher Bürger gegenüber der Bürokratie steigert die Aggressionen.
- Die mangelnde Transparenz der Verwaltungsvorgänge macht den Bürger für Vorbehalte anfälliger.

Lösung: Öffentlichkeitsarbeit, Interessenausgleich nach außen wie nach innen (Public Relations, Internal Relations).

Wer beklagt nicht ein Übermaß an Bürokratie, Gängelung und Einengung der eigenen Entfaltung? Dem kann nur begegnet werden, wenn wir unseren Lebensraum in überschaubare Bereiche und kleinere Einheiten aufteilen und Aufgaben delegieren. Bürgernähe entspricht menschlichem Urverständnis. Zentralistische Besessenheit führt zu mehr Bürokratie und weniger Bürgernähe. Jedes Gemeinwesen, wenn sich der Bürger engagieren soll, muss Möglichkeiten der Identifikation bieten. Dies gelingt heute immer weniger, weil vieles zu groß, zu unübersichtlich und anonym geworden ist. Die Tendenz zum menschenfeindlichen Gigantismus in vielen Einrichtungen hat die Bürger vom Staat entfremdet. Man muss sich zurechtfinden und zuhause fühlen können. Hier ist ebenfalls die Öffentlichkeitsarbeit gefordert.

Eine zu große Verwaltung kann nur schematisch entscheiden, die besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse vor Ort gar nicht mehr kennen. Das Überdimensionierte ist inhuman: ihm fehlt das menschliche Maß. Das Kleine verheißt Nähe, Nachbarschaft, Überschaubarkeit, Gespräche und Geborgenheit, so etwas wie Heimat. Was „unten" oder „draußen" in überschaubarem Rahmen und durch bürgerschaftliche Selbsthilfe erledigt werden kann, das sollte man auch dort belassen. Selbst politische Fehlvorgaben durch überzogene kommunale Reformen müssen durch Öffentlichkeitsarbeit ausgeglichen werden. Die Mitwirkung in den Städten und Gemeinden ist zu wecken um das Kapital an Idealismus dort nutzbar zu machen. Jede Zuständigkeit ist zu überprüfen, ob sie die Entwicklung vor Ort fördert oder behindert. Delegieren wir möglichst viel zu den Anlaufstellen vor Ort! Dann sieht sich der Bürger nicht als Befehlsempfänger der „Zentrale", sondern wir gewinnen ihn als Partner. Denn: Je zentralistischer eine Bürokratie, desto größer die Ineffizienz!

„Jedem Bürger recht getan, ist eine Kunst die niemand kann". Dennoch muss sich der öffentliche Dienst für die ihm anvertrauten Einwohner dieser Herausforderung stellen. Eine dynamische und leistungsstarke Kommunalverwaltung erfordert mehr denn je den qualifizierten Fachmann/-frau. Sie braucht aber genauso Persönlichkeiten, die wissen, dass eine Verwaltung heute einen modernen Dienstleistungsbetrieb darstellt. Dort ist der Kunde König. Die Mitarbeiter haben danach zu fragen, wo dem Bürger „der Schuh drückt".

Der Staat wird vielen immer unpersönlicher und unbegreiflicher. Hier gilt kein Hinweis, dass eben Rathaus, Landratsamt, Regierung und Ministerium Ausdruck unserer anonymen Zeit seien. Zumindest auf einer kommunalen Behörde will der Bürger spüren, dass ihn der Mitarbeiter, aber auch der Bürgermeister in voller Zuwendung anhört und dass er für ihn Zeit hat. Bürgernähe verbreitet nicht nur Vorteile. Sie konkurriert in einem magischen Dreieck mit der Effizienz eines Amtes und der Rechtsstaatlichkeit. Dennoch ist mehr Bürgernähe unverzichtbar, weil eine Verwaltung nicht Selbstzweck sein kann. Nicht zuletzt liegt Bürgernähe auch im finanziellen Interesse der Behörde, wie des Steuerzahlers. Wichtige Gemeindeangelegenheiten sollen nach den Gemeindeordnungen der Länder in Bürgerversammlungen erörtert werden. Oft erschöpft sich dieser Abend, indem vollbrachte Leistungen dargestellt und von Musikvorträgen umrahmt werden. – Diese Form muss endlich der Vergangenheit angehören! Mehrfach kontrovers diskutierte Vorhaben sollten einem Bürgerentscheid unterworfen und damit vom Bürger unmittelbar gebilligt oder abgelehnt werden. So können endlose lokale Streitigkeiten verhindert und eine bessere Legitimation der „Planungskultur" erreicht werden. Wirkungsvoll sind auch dezentrale Bürgergespräche, denn jede Kommunalverwaltung sollte Zeit finden, vor Ort Einzelprobleme mit den Einwohnern zu besprechen. **Landräte und Bürgermeister suchen durch Öffentlichkeitsarbeit „Verbündete an der Front", haben „das Ohr am Volk" und erfahren so meist die ungefilterte Stimmung.**

Gabi Förster

Unsere Gesellschaft gibt nicht zu allem, was die Exekutive meint, blinde Zustimmung. Aber das muss nicht heißen, Ratsmitglieder, Abgeordnete oder Bürgermeister hätten kein Recht auf die „Bürokratie" für den Bürger einzuwirken. Denn sie wären sonst Volksvertreter, die bei schwierigen Anliegen achselzuckend resignieren, ohne nach anderen Möglichkeiten und Wegen zu suchen. Lassen wir uns nichts einreden: Stets zieht der Bürger die unangenehme Wahrheit der angenehmen Unwahrheit vor. Denn: Gefälligkeitspolitik zahlt sich nicht aus. Sie ermuntert vielmehr den begünstigten Kreis zu neuen Forderungen. Verantwortungsvolle Mandatsträger müssen jeden Einzelfall grundsätzlich sehen, und sorgfältig prüfen, ob daraus später kein unvertretbares „Präjudiz" zu Lasten der Allgemeinheit entstehen kann. Ein Bürgermeister zum „Anfassen" hat es hier viel schwerer, Einzelforderungen abzulehnen. Kommunalpolitik hat nämlich „die dumme Eigenschaft", dass es nicht genügt nur zu reden. Man muss entscheiden und vollziehen!

Wer beruft sich heute nicht alles auf Bürgernähe? Wer allerdings im öffentlichen Dienst liebedienerisch dem Bürger Nähe verspricht, der dient ihm nicht. Er herrscht, wenn er mit Bürgernähe Erfüllung seiner Wünsche heuchelt oder gewährt, gegen besseres Wissen, gegen Überzeugung und Pflicht, vor allem aber gegen die Verantwortung für das Ganze. Da wird Bürgernähe zum Vorwand von Fehlentscheidungen. Ferner steigert sich die Schlüssigkeit der Argumente nicht durch Lautstärke.

Bewahren wir versöhnlichen Humor, wie eingangs erwähnt, zumal auch Bürgerinnen und Bürger glauben, durch ihre Steuern Anspruch auf ein solches Verhalten zu haben.

Erfahrungen von Gabi Förster
BKB a.D.

LIEBE FREIE WÄHLERINNEN UND FREIE WÄHLER,

der Wahlkampf ist in vollem Gange und die Chancen für uns FREIE WÄHLER ein hervorragendes Wahlergebnis zu erzielen stehen sehr gut.

An dieser Stelle danke ich Euch allen ganz herzlich für Eure große Unterstützung und den Zusammenhalt in den letzten Tagen und Wochen, die nicht einfach waren.

Jetzt müssen wir nach vorne in die Zukunft schauen, die für uns FREIE WÄHLER durchaus gut aussieht und weitere Herausforderungen und große Aufgaben bereithalten wird.

Es ist wichtiger denn je, dass in Bayern die bürgerliche Koalition der Mitte und der Vernunft mit uns FREIEN WÄHLERN weiter regieren wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass Bayern auch in Zukunft ein Land sein wird, in dem es sich in Wohlstand und Sicherheit gut leben lässt. Dies zu gewährleisten ist die große Aufgabe, die wir nach dem 8. Oktober meistern wollen und auch schaffen werden.

Wir FREIE WÄHLER werden für Bayern und die Menschen, die hier leben unser Bestes geben. Das machen wir schon immer ideologiefrei und mit aller Kraft. Wir packen an für Bayern und die Menschen in unserem Land. Wir FREIE WÄHLER wollen die Gesellschaft nicht spalten und nicht die Freiheit der Menschen in Bayern und Deutschland durch ideologische „Umerziehung" beschneiden. Wir FREIE WÄHLER wollen zusammenführen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vernünftige Lösungen für die Herausausforderungen und Aufgaben unserer Zeit erarbeiten und dann auch umsetzen. Das ist unsere Politik. Uns sind die Menschen am wichtigsten.

Damit wir unsere erfolgreiche Politik weiterführen können ist jeder einzelne FREIE WÄHLER wichtig. Gemeinsam sind wir stark und werden auf allen politischen Ebenen weiterhin große Erfolge erzielen.

Hier danke ich allen FREIEN WÄHLERINNEN und FREIEN WÄHLERN, allen FREIE WÄHLER Mandatsträgern, unseren Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung, den Mitgliedern der Fraktion im Bayerischen Landtag, allen Landräten und Landrätinnen, Bürgermeistern, Bezirksräten, Kreisräten, Stadträten und Gemeinderäten sowie allen Orts-, Kreis-, und Bezirksvorsitzenden und den Verantwortlichen des BKB mit Klaus Förster für ihren hervorragenden bereits geleisteten und in diesem Jahr noch bevorstehenden Einsatz für die Ziele und die Erfolge der FREIEN WÄHLER ganz herzlich.

Es stehen noch viele Aufgaben an, die wir in den kommenden Jahren anpacken und lösen werden müssen. Die Energieversorgung für die privaten Haushalte und die Wirtschaft zu bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Preisen muss gesichert werden. Die aktuelle Inflation muss mit allen vernünftigen Mitteln wieder auf das finanzpolitisch sinnvolle Maß reduziert werden Der Standort Bayern muss für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiv erhalten werden. Dies garantiert den Wohlstand der Menschen.

Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Vernunft und Augenmaß weiter voranbringen. Den Ausbau der Windkraft durch Windanlagenstandorte in geeigneten Waldstücken , den Ausbau der PV sowie die Stärkung von Wasserkraft, den Erhalt von Biogas und Holzverwertung zur Energieerzeugung haben wir erfolgreich durchgesetzt. In den Bereichen Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik haben wir in der Bayernkoalition bereits viel erreicht Diese erfolgreiche Arbeit werden wir in der bewährten bayerischen Regierungskoalition fortsetzen.

Der Bildungsstandort Bayern bei uns FREIEN WÄHLERN mit Kultusminister Prof. Dr. Piazolo und Staatssekretärin Anna Stolz in den besten Händen. Unser Umweltminister Thorsten Glauber erfüllt seine Aufgaben, die nicht immer leicht sind in diesen Zeiten mit großem Erfolg. Bei den zahlreichen Aufgaben, die ich als bayerischer Wirtschaftsminister erfüllen und bewältigen muss leistet mir unser Staatsekretär Roland Weigert wertvolle Unterstützung und hervorragende Arbeit. In Zusammenarbeit mit der FREIEN WÄHLER Landtagsfraktion, mit Florian Streibl an der Spitze, haben wir in den vergangenen fünf Jahren sehr viel für Bayern erreicht.

Unsere erfolgreiche Politik – ich nenne da die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums, die Abschaffung der Studiengebühren sowie die Einführung des Meisterbonus, eine angemessenere Bezahlung für Lehrerinnen und Lehrer und einiges mehr – müssen wir auch in Zukunft als Mitglied der Regierung in der Bayernkoalition weiterführen. Das ist unser Ziel. Dafür werden wir mit aller Kraft arbeiten. Wir FREIE WÄHLER wollen Bayern mit einer bürgerlichen Regierungskoalition in die Zukunft begleiten. Das muss und wird uns zum Wohle der Menschen in unserem Lande gelingen.

Wir sind die bürgerliche Kraft der wirklichen Mitte. Dies müssen wir stets und vor allem auch nach außen vertreten und leben. Wir FREIE WÄHLER sind für Freiheit und ein vernünftiges „Leben und leben lassen" in Bayern.

Eure Arbeit, Eure Begeisterung und Euer Engagement sind das Fundament des Erfolgs der FREIEN WÄHLER!
Dafür danke ich Euch allen schon jetzt ganz herzlich!

Mit den besten Wünschen, viel Gesundheit, Glück und Erfolg

Euer
Hubert Aiwanger

MdL
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident
FW Landes- und Bundesvorsitzender

IMPRESSUM

Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V., Berndorfer Str. 18, 95349 Thurnau, FW Landesverband und Landesvereinigung Freie Wähler Bayern e. V..
Druck: Offsetdruckerei W. Täuber, Inh. Volker Täuber, 95359 Kasendorf.

Liebe Leserin, lieber Leser, damit Sie der „FREIE WÄHLER" im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband und Adresswechsel in die BKB-Geschäftsstelle, Berndorfer Str. 18, 95349 Thurnau; Telefon: 09228 9969566; Fax: 09228 9969567; E-Mail: **geschaeftsstelle@bkb-bayern.de**; Internet: **www.bkb-bayern.de**.

Eine Umbestellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des „FREIEN WÄHLERS" ist jederzeit über das Kontaktformular unter **www.bkb-bayern.de** möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden. Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie-Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München: **info@fw-bayern.de** mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins sowie Ihrer E-Mail-Adresse. Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, Berichte über Mitgliederversammlungen oder Geburtstage, veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i. d. R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion gerne unter E-Mail:
geschaeftsstelle@bkb-bayern.de entgegen.

Seminarübersicht des Bildungswerkes im 2. Halbjahr 2023

Oktober

Mi. 11.10.2023	**Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft.**	Herold	Oberpfalz (Neustadt a.d.W.)
Fr. 13.10.2023	**Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft.**	Herold	Unterfranken (Alzenau)
Fr. 13.10.2023	**Sonnenenergie – kostenlos, aber nicht umsonst. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren.**	Bächer	Oberfranken (Plech)
Fr. 13.10.2023	**Neue Ideen für die Kommune und wie man sie umsetzt**	Unglaub	Niederbayern (Plattling)
Sa. 14.10.2023	**Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**	Bächer	Oberfranken (Kulmbach)
Fr. 20.10.2023	**Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft.**	Herold	Schwaben (Gundelfingen)
Fr. 20.10.2023	**Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**	Bächer	Niederbayern (Buch a. Erlbach)
Fr. 20.10.2023	**Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung**	Abbé	Oberbayern (Baar-Ebenhausen)
Sa. 21.10.2023	**Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**	Bächer	Oberbayern (Laufen)
Sa. 21.10.2023	**Kommunikationstraining – souveränes und wirkungsvolles Auftreten**	Zeise	Niederbayern (Niederwinkling)
Fr. 27.10.2023	**Sonnenenergie – kostenlos, aber nicht umsonst. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren.**	Bächer	Oberpfalz (Oberviechtach)
Fr. 27.10.2023	**Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung**	Abbé	Unterfranken (Oerlenbach-Ebenhausen)
Fr. 27.10.2023	**Neuerungen im Baurecht – BauGB und Bauleitplanung**	Wagner	Niederbayern (Viechtach)
Sa. 28.10.2023	**Sonnenenergie – kostenlos, aber nicht umsonst. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen wirtschaftlich realisieren.**	Bächer	Unterfranken (Veitshöchheim)

November

Fr. 03.11.2023	**Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**	Bächer	Oberfranken (Forchheim)
Fr. 03.11.2023	**Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde**	Ziegler	Niederbayern (Tittling)
Fr. 03.11.2023	**Städtebauliche Erneuerung in Städten, Märkten und Gemeinden**	Grill	Oberbayern (Baar-Ebenhausen)
Fr. 10.11.2023	**Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**	Bächer	Niederbayern (Leiblfing)
Fr. 10.11.2023	**Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung**	Abbé	Oberpfalz (Neunburg v. Wald)
Fr. 10.11.2023	**(Jugendliche) Mitglieder für ehrenamtliche (Mit-)Arbeit begeistern**	Ziegler	Oberfranken (Rödental)
Fr. 17.11.2023	**Wasserstoff – der Energieträger der Zukunft.**	Herold	Oberbayern (Ingolstadt)
Fr. 17.11.2023	**Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich.**	Miksch	Oberfranken (Bad Rodach)
Sa. 18.11.2023	**Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich.**	Miksch	Unterfranken (Estenfeld)
Sa. 18.11.2023	**Kommunikationstraining – souveränes und wirkungsvolles Auftreten**	Zeise	Oberbayern (Geretsried)
Fr. 24.11.2023	**Lebensqualität im Alter – eine kommunale Herausforderung**	Abbé	Niederbayern (Wallersdorf)
Fr. 24.11.2023	**Geschäftsgang des Gemeinderats – Neuerungen im Kommunalrecht**	Neubauer	Oberfranken
Fr. 24.11.2023	**Kommunale Wärmeplanung – neue Pflichten, aber auch Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**	Bächer	Unterfranken (Bad Neustadt)
Sa. 25.11.2023	**Heizen – Abgaben, Verbote, Fördermittel – gibt es überhaupt die „richtige" Heizungsanlage?**	Bächer	Unterfranken (Alzenau)

Dezember

Sa. 02.12.2023	**Klimaneutrale Gebäude 2050 – unsere Chancen und Pflichten heute**	Bächer	Unterfranken
Sa. 02.12.2023	**Kommunikationstraining – souveränes und wirkungsvolles Auftreten**	Zeise	Oberpfalz (Tännesberg)
Fr. 08.12.2023	**Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich.**	Miksch	Mittelfranken (Roßtal)
Sa. 09.12.2023	**Information zu Wärmepumpen und sind Wärmepumpen in der Sanierung möglich.**	Miksch	Oberbayern (Baar-Ebenhausen)

75jähriges Bestehen ÜZL (Überparteiliche Zeiler Liste)

Die Wiege der überparteilichen Kommunalpolitik stand in Zeil. Die ÜZL (Überparteiliche Zeiler Liste) war die erste parteiunabhängige Liste, die zu Kommunalwahlen antrat und das zu einer Zeit, als in Deutschland die Demokratie durchaus noch in den Kinderschuhen steckte. 1948 gegründet, feierte die ÜZL jetzt ihr 75jähriges Bestehen mit einem unterhaltsamen Rückblick und vielen Glückwünschen.

„Wenn es die ÜZL nicht gäbe, müsste man sie erfinden" – dieses Kompliment machte der „Jubilarin" Zeils Bürgermeister Thomas Stadelmann, der bekanntermaßen der SPD angehört. Doch gerade die ÜZL sei es gewesen, die das gute Miteinander der Stadtratsfraktionen prägte, die dafür sorgte, dass immer jede der weiteren Fraktionen einen stellvertretenden Bürgermeister stellte und dafür, dass es im Stadtrat nie eine absolute Mehrheit gab. Genau das sei das Grundprinzip der ÜZL gewesen, so Christoph Winkler in seinem historischen Rückblick: „dass es im Gremium um die besten Lösungen für Zeil gehen musste, weil nicht einer bestimmen konnte, wo es lang geht". Bezeichnend sei dabei auch, dass die ÜZL aus der Gruppierung „Freunde des Städtchens Zeil" hervorging, betonte Landtags-Direktkandidat Frank Helmerich. „Das ist beeindruckend, welche Arbeit Ihr hier geleistet habt, ganz ohne Ideologie und immer am Wohl der Allgemeinheit orientiert". Die frühen Mitglieder der ÜZL seien quasi „Hipster der Politik" gewesen, absolute Vorreiter in dem Bemühen, auch ohne Parteizugehörigkeit Verantwortung zu übernehmen.

Dass es fast über die ganzen Jahrzehnte nur drei Fraktionen im Zeiler Stadtrat gegeben habe, spreche für die Qualität der Kommunalpolitik und damit auch der ÜZL, so der stellvertretende Bezirksvorsitzende der Freien Wähler Unterfranken Josef Hofmann. „Die Zeilerinnen und Zeiler fühlen sich offenbar mit allen Anliegen gut aufgehoben", stellte er fest. Diese Lebensnähe könne man vor allem damit erreichen, indem man „mehr Praktiker statt Ideologen in die Gremien" bringt. Das sei die große Herausforderung gerade für die Freie-Wähler-Gruppierungen überall im Land.

Dieter Möhring zeigte auf, vor welchen Herausforderungen die Kommunen stehen, unter anderem wegen überbordender Bürokratie, die praktische Lösungen oft torpediert. So sei es auch dieser Umstand, der den Kreisvorsitzenden des Gemeindetages und Aidhäuser Bürgermeister dazu bewog, in diesem Jahr als Listenkandidat für den Landtag anzutreten.

Auf eine eindrucksvolle Zeitreise nahm Christoph Winkler die zahlreichen Gäste des Festabends mit. Er zeigte, wie holprig nach dem Zweiten Weltkrieg der Weg hin zu echten Kommunalwahlen war. Offenbar schätzten die Wähler damals den Ansatz der „Freunde des Städtchens Zeil", nicht einen Gegenpol zu den Parteien zu bilden, sondern einfach mitgestalten zu wollen. Auch viele Neubürger nutzten diese Gelegenheit und engagierten sich in ihrer neuen Heimat.

Mit nur 29 Jahren wurde Rudolf Winkler zum Bürgermeister gewählt, 1956 zogen die ersten beiden Frauen in den Zeiler Stadtrat ein. Rudolf Winkler war 32 Jahre lang, sein Sohn Christoph 18 Jahre lang Bürgermeister in Zeil und bis heute ist die ÜZL eine wesentliche Kraft im Zeiler Stadtrat. Gleichzeitig gelang es der ÜZL, den geselligen, fast familiären Zusammenhalt zu wahren. Gesellige Treffen, Betriebsbesichtigungen, Wanderungen finden immer regen Zulauf. „Das kann man als Außenstehender nur bewundern, wie das bei Euch klappt", betonte Bürgermeister Thomas Stadelmann.

Christoph Winklers Appell an alle Anwesenden aller politischen „Farben": „Es ist wichtig, dass weiter Menschen mitmachen in der Kommunalpolitik. Es geht um Herzblut für unsere Stadt".

Vorsitzender Peter Pfaff freute sich, zahlreiche Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit ehren zu können. Eine besondere Überraschung hatte er für Altbürgermeister Christoph Winkler parat, der zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Sonderehrungen für besondere Verdienste gingen auch an Eva Göller und Christl Pottler.

Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurden Eduard Rautner, Helmut Leykauf, Karl-Heinz Hiemann und Rudolf Barth ausgezeichnet.
40 Jahre: Erich Hehn, Franz Hoffman, Erwin Kern, Franz Kolb, Wolfgang Ortloff, Günter Schneider und Erich Zink.
25 Jahre: Lydia Hoffmann, Katja Reitwießner, Annemarie Schöpf, Gerd Lösch, Karlheinz Markl und Wolfgang Pottler

Pressemitteilung ÜZL

Die geehrten Mitglieder mit 1. Vorsitzenden Peter Pfaff, links; stellvertretender Bezirksvorsitzender Josef Hofmann, rechts; Listenkandidat Landtag Bürgermeister Dieter Möhring, 2ter von rechts, davor Direktkandidat Frank Helmerich. Mitte. Altbürgermeister Christoph Winkler als Ehrenmitglied.

Gleichberechtigung und Frauenpolitik

Wir leben in politisch aufregenden Zeiten. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Überfall Russlands auf die Ukraine haben uns Politikerinnen und Politiker in den vergangenen Jahren sehr gefordert. Aus dem Blick verlieren dürfen wir bei all diesen großen Herausforderungen aber nicht die Alltagsprobleme der Menschen.

So lege ich zum Beispiel als frauenpolitische Sprecherin meiner FREIE WÄHLER Landtagsfraktion immer wieder den Finger in die Wunde und setze mich für die Stärkung der Frauenrechte ein. Wir haben hier immer noch einen langen Weg vor uns: Noch immer werden Männern und Frauen nicht die gleichen Löhne gezahlt, wir brauchen Verbesserungen bei der Kinderbetreuung und müssen der Altersarmut von Frauen noch entschiedener den Kampf ansagen.

Auch gilt es, Gewalt gegen Frauen mit aller Konsequenz zu bekämpfen! Genau hinschauen müssen wir dabei ebenfalls auf Bereiche, wo neue Formen von Gewalt entstehen oder diese weniger sichtbar ist. Neben Prävention sind auch Schutz und Unterstützung für die Opfer von immenser Bedeutung. Wir haben in Bayern deshalb den 3-Stufen-Plan „Bayern gegen Gewalt“, der zielgruppenspezifische und bedarfsgerechte Beratungs- und Hilfsangebote beinhaltet. Auf dem bisher Erreichten dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen, sondern müssen die Unterstützung weiterentwickeln und ausbauen.

Gabi Schmidt

Es gibt auf dem Feld der Frauenpolitik aber auch Themen, die weniger im Rampenlicht stehen: So hat unsere Fraktion auf meine Anregung hin kürzlich einen Antrag auf den Weg gebracht, dass bei der Zulassung von Neufahrzeugen künftig auch weibliche Crashtest Dummies eingesetzt werden sollen. Denn bislang werden die entsprechenden Tests mit männlichen Standard-Dummies durchgeführt, was gravierende Folgen hat: So sind Autofahrerinnen dreimal stärker gefährdet, ein Schleudertrauma zu erleiden, weil die steifen Rücklehnen vieler Fahrersitze die leichteren Frauenkörper nicht abfedern können und ungebremst zurück nach vorne schleudern. Obwohl Frauen weniger häufig in Autounfälle verwickelt sind als Männer, erleiden sie auf diese Weise 17 Prozent mehr unfallbedingte tödliche Verletzungen.

Gabi Schmidt, MdL,
frauenpolitische Sprecherin der
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion